# Saar. Did CK Noild Assets



**Gemeinsam mit Gewerkschaften** Gemeinsam im Bündnis **Gemeinsame landesweite Aktion** 

www.dielinkesaar.de facebook.com/DieLINKE.Saar/ twitter.com/DIELINKESaar instagram.com/DIELINKESAAR Statt sozialer Kälte

# **Sozialer Herbst!**

## Wir für EUCH:

Energie- + Spritpreise runter Verbot von Strom- + Gassperren Wohnen + Essen bezahlbar Bus + Bahn schrittweise kostenlos

Menschen entlasten.
Preise deckeln.
Übergewinne besteuern.



www.dielinkesaar.de



Vorderseite: A4 zum Ausdrucken :-)

Flyer des Landesverbandes für die landesweiten Aktionsstände

# BÜNDNISPARTNER IM SAARLAND

## DIE LINKE. Saar - Partner im Bündnis der Saarländer:innen für bezahlbare Energiekosten

Die Bundesregierung hat am 3. September 2022 ein drittes Entlastungspaket zur Sicherung einer bezahlbaren Energieversorgung und zur Stärkung der Einkommen beschlossen. Aber: insgesamt überzeugt es jedoch nicht. "Wir wollen weder frieren noch uns mit der Inflation abfinden. Viele wissen nicht mehr, wie sie die steigenden Kosten für Lebensmittel, Strom und Heizung noch bezahlen sollen. Jetzt muss gehandelt werden." Das sagt Thomas Müller, Geschäftsführer bei ver.di Saar-Trier. Mit der Koordination hat er den ehemaligen Gewerkschaftssekretär Michael Quetting beauftragt. "Wir brauchen dringend ein Entlastungspaket, das gezielt die Menschen mit mittleren und eher niedrigen Einkommen unterstützt. Wir sind

Vorderseite: Das Bündnis. Rückseite: unsere Themen.

#### In der Ampel wird ein konsequenter, solidarischer Wandel blockiert. Das wollen wir als LINKE ändern.

... zielgerichtete Entlastungen für jene, die Unterstützung dringend brauchen: einen Mietenstopp, ein höheres Bürgergeld, eine 500-Euro-Brutto-Soforthilfe, eine bezahlbare Nachfolge für das 9-Euro-Ticket und einen Schutzschirm für die Daseinsvorsorge - von Stadtwerken und Schulen bis zu Krankenhäusern und sozialen Einrichtungen.

... eine Gesamtstrategie für eine nachhaltige, bezahlbare Grundversorgung: Energie, Mobilität, Ernährung und Wohnen sowie soziale und kulturelle Teilhabe muss für für eine Übergewinnsteuer, damit die Konzerne belastet werden, um die Mehrheit zu entlasten", betont Thomas Müller. Und Quetting ergänzt: "Die Krise und die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine soll die Mehrheit der Bevölkerung bezahlen, während Energiekonzerne sich dumm und dämlich verdienen. Die unsoziale Gasumlage muss weg und Gas, Strom und Lebensmittelpreise müssen gedeckelt werden."



alle bezahlbar sein.

... massive Investitionen, um uns für die Zukunft krisenfest zu machen: einen Schub für den naturverträglichen Ausbau Erneuerbarer Energien, dauerhafte Energieeinsparungen und Gebäudesanierung, groß angelegter Ausbau klimafreundlicher Infrastruktur wie dem öffentlichen Nahverkehr und die Förderung der Ökologisierung der Landwirtschaft.

All diese Herausforderungen können wir nur stemmen, wenn wir eine grundlegende Wende in der Finanz- und Haushaltspolitik vornehmen. Dazu braucht es eine Übergewinnsteuer für Konzerne und eine Vermögensbesteuerung für die Reichsten – sowie ein erneutes Aussetzen der Schuldenbremse und ein Abbau klimaschädlicher Subventionen.

#### www.dielinkesaar.de

# Text des Bündnisaufrufs

Nicht mehr bezahlbare Energiekosten und hohe Inflation. Viele wissen nicht mehr, wie sie die steigenden Kosten für Lebensmittel, Strom und Heizung noch bezahlen sollen. Gleich mehrere Krisen treffen die Bevölkerung hart. Und nun sollen wir, die wir die Gesellschaft am Laufen halten, die Zeche für die Krisen und den Krieg zahlen, während Superreiche Profite mit den Krisen machen.

Für Millionen Menschen braucht es in diesen Krisen verlässliche Entlastungen, Unterstützung und soziale Sicherheit, um nicht auf der Strecke zu bleiben. Gleichzeitig drohen die langfristigen Klima- und Umweltkrisen ins Hintertreffen zu geraten. Wir können es uns nicht leisten, Investitionen aufzuschieben, die uns endlich unabhängig machen von fossilen Energien und unsere bedrohten Lebensgrundlagen schützen – vom Klima bis zur Artenvielfalt. Die Regierung darf Soziales und Ökologisches nicht gegeneinander ausspielen. Sie muss beides anpacken, damit wir alle

muss beides anpacken, damit wir ane

Entlastung und Unterstützung. Die Reichen

müssen jetzt mehr Lasten tragen. Wir brauchen umgehend zielgenaue und wirksame Entlastungen für die, die bereits heute fast zwei Drittel ihres Einkommens für Lebensmittel, Energie und Miete aufbringen müssen. Ein solches Paket muss jetzt finanziert werden von denen, die von den diversen Krisen profitieren.

Wir fordern eine Gesamtstrategie für eine nachhaltige, bezahlbare Grundversorgung: Energie, Mobilität, Ernährung und Wohnen sowie soziale und kulturelle Teilhabe müssen für alle bezahlbar sein.

Wir brauchen mehr diplomatische Anstrengungen, um den völkerrechtswidrigen Krieg in der Ukraine zu beenden. Alle beteiligten Parteien brauchen Perspektiven auf eine neue gesamteuropäische Architektur der gemeinsamen Sicherheit. Der neue weltweite Rüstungswettlauf muss gestoppt werden.

Unser Bündnis hat nichts gemein mit rechten und reaktionären Kräften, die sicher durch diese Krisen kommen.

Die Bundesregierung spricht von Solidarität und ruft zum Sparen auf. Wer aber nichts oder auch nur ein Normaleinkommen hat, kann nicht sparen. Die soziale Schieflage wird zum freien Fall. Auch das neue Entlastungspaket bringt kaum Linderung. Während die Armut wächst, immer mehr Menschen sich vor der Zukunft fürchten, gibt es aber auch jene, die zu den Gewinnern gehören. Die Gewinne der DAX-Konzerne liegen allein in den ersten drei Monaten diesen Jahres um 85 Prozent über dem vor- Corona-Niveau von 2019. Die Energiekonzerne profitieren enorm von den stark gestiegenen Preisen bei Öl und Gas. So verfünffachte der Energieriese Shell seinen Gewinn im Quartal von April bis Juni auf knapp 18 Milliarden Dollar.

Jetzt heißt es, solidarisch zusammenzustehen. Niemand darf vergessen werden. Diejenigen, die jetzt auf Hilfe und Unterstützung angewiesen sind, brauchen

unseren Protest für eine menschenfeindliche Politik missbrauchen wollen.

Wir werden aktiv, damit die Kosten der mehrfachen Krise nicht einfach auf die Bevölkerung umgelegt werden. Es gibt eine Reihe von Antworten, damit die Menschen im Winter nicht frieren und hungern müssen. Es gibt soziale Lösungen, um vor Verarmung und kalten Wohnungen zu schützen. Vom Energiepreisdeckel, Verbot von Energiesperren, Mieter\*innenschutz, Übergewinnsteuer bis zur Vergesellschaftung gibt es viele Ideen.

Wir haben unterschiedliche Schwerpunkte in unseren Forderungen, uns eint aber der Wille, der galoppierenden Inflation sozial entgegen zu treten. In diesem Sinne rufen wir alle demokratischen Kräfte auf, gemeinsam und einzeln, in jedem Betrieb und jeder Verwaltung, in jeder Stadt und Gemeinde, in der Öffentlichkeit wirksam zu werden und dem Protest eine Stimme zu verleihen. Lasst uns gemeinsam die Solidarität sicht- und hörbar machen.

## Linke Forderungen

# Unsere Forderungen auf dem Bündnis-Flyer:

#### Menschen entlasten. Preise deckeln. Übergewinne besteuern.

Viele Menschen mit geringem Einkommen werden sich bald weder ihren Wocheneinkauf noch das Heizen ihrer Wohnung leisten könnten. Die Entscheidung zwischen "Essen oder Heizen?" wird offenbar bald traurige Realität. Wir sagen: Es reicht! Strom, Heizen, Lebensmittel, Bus und Bahn müssen für alle bezahlbar sein. Die Entlastung von den Preissteigerungen muss sozial gerecht sein und die Ungleichheit zurückdrängt werden. Der Druck auf die Regierenden muss steigen. Deshalb wollen wir:

#### Wiedereinführung der staatlichen Strompreisaufsicht

Im Jahre 2007 wurde die staatliche Strompreisaufsicht für Verbraucherstrompreise in Zuständigkeit der Länder abgeschafft. Wir wollen diese wieder einführen.

#### Umsetzung einer Übergewinnsteuer

Zur Finanzierung der Entlastungen muss eine wirksame Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen sowie von zusätzlichen Gewinnen erfolgen, die nur auf Grund der Auswirkungen von Pandemie, von Kriegen und von Energieknappheit entstehen (Übergewinnsteuer). Insbesondere Energiekonzerne müssen zur Kasse gebeten werden.

#### Bus und Bahn Schritt für Schritt kostenfrei

Das kommende 49-Euro-Ticket ist für viele immer noch zu teuer. Menschen mit niedrigem Einkommen darf das Recht auf Mobilität nicht vorenthalten werden.

#### Preisdeckel für Gas, Strom und Heizöl jetzt

Wann kommt die Gaspreisbremse? Wie? Für Wen? Was ist mit denen, die ihren Horror-Zahlbescheid schon bekommen haben? Viele Fragen brauchen Antworten – jetzt! Die Schnapsidee Gasumlage ist zwar beerdigt – aber die Menschen brauchen jetzt einen Schutzschirm, damit die hohen Preise auch für Heizöl, Strom, Sprit und Lebensmittel sinken.

#### **Verbot von Strom- und Gassperren**

Wir wollen nicht zulassen, dass Menschen im Winter dunkel und kalt sitzen müssen. Strom- und Versorgungssperren sowie Wohnungskündigungen haben auch im Saarland längst zugenommen und gehören konsequent verboten, wenn private Haushalte in Zahlungsschwierigkeiten sind

#### Regelsätze spürbar erhöhen – 200 Euro mehr gegen Inflation und Armut

Das Bürgergeld ist keine Überwindung von Hartz IV, denn weiterhin gilt: Das ist Armut per Gesetz. Bis sich das ändert, fordern wir Zuschläge und die zusätzliche Übernahme der Stromkosten, um existenzielle Notlagen zu verhindern.

#### Keine Kündigungen – Mieterinnen und Mieter in der Energiepreiskrise besser schützen

Die Energie- und Verbraucherpreiskrise trifft die Mieterinnen und Mieter hart. Deshalb: ein einjähriges Kündigungsmoratorium bei Kündigungen wegen Zahlungsverzug und Darlehen sowie Kreditstundungen für Vermieterinnen und Vermieter möglich machen.

#### **Bezahlbare Lebensmittel jetzt**

Dazu muss die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel auf 0% gesenkt werden. Die Reduzierung muss bei den Menschen ankommen.

# LANDESWEITER AKTIONSTAG AM 28. und 29.10.



# KomWa 2024 - EURE Themen zählen

## Landesparteitag: mach mit! Bring deine Themen ein!

Am Samstag, den 26. November 2022, 13 - 18 Uhr, findet der nächste Landesparteitag in der Gebläsehalle Neunkirchen (An den Hochöfen 1, 66538 Neunkirchen) statt. Auf diesem außerordentlichen Parteitag dominieren die Themen für unser gemeinsames Programm für die Kommunalwahl 2024. Gemäß unserer Satzung sind zwar nur die Delegierten stimmberechtigt, doch zur Einbringung von Vorschlägen und zur direkten Teilnahme an den Diskussionen sind alle Genossinnen und Genossen der Saarlinken aufgerufen. Der Landesvorstand freut sich somit über viele Gäste vor Ort.

Unter www.dielinkesaar.de/parteitag2022 findet Ihr ab sofort eine Sonderseite, auf der alle eingehenden Anträge sowie Einsendungen für Leitlinien und den politischen Forderungskatalog, veröffentlicht werden. Wer keinen Internetzugriff haben sollte, kann ab dem 18.

November 2022 alle eingegangenen Anträge bei der Landesgeschäftsstelle in gedruckter Form anfordern.

## Leitprogramm und politischer Forderungskatalog – Eure Themen zählen!

Einsendungen von Themenbeiträgen für das Wahlprogramm und den politischen Forderungskatalog können ab sofort – idealerweise unter der Angabe der Mitgliedsnummer - an komwa2024@dielinkesaar.de geschickt werden. Dort werden alle eingehenden Beiträge gesammelt und zur Aufstellung der Leitlinien und des politischen Forderungskatalogs aufbereitet. Aufbereitet bedeutet an dieser Stelle, dass die Textformatierung vereinheitlicht wird, laufende Nummern zugewiesen und erkennbare Themenbereiche zusammengefasst werden. Eine inhaltliche Redaktion erfolgt ausdrücklich nicht.

Lasst uns gemeinsam und solidarisch ein Programm für die Kommunalwahl 2024 aufstellen, das unsere Mitbürger:innen wieder für echte linke, soziale Politik begeistert.



# Zwei Mitglieder im Ältestenrat der Linken

LV DIE LINKE. Saar: Unsere Genossin Rosi Grewenig und unser Genosse Walter Kappmeier wurden in den Ältestenrat unserer Partei berufen. Beiden herzlichen Glückwunsch und eine erfolgreiche Arbeit.

"Der Ältestenrat ist ein Konsultationsgremium und wird sich schwerpunktmäßig zur Entwick-

lung der Partei, zu Bündnis- und internationale Fragen, zur Geschichte der Linken und zu möglichen Konsequenzen für die sozialistische Programmatik verständigen." - Lothar Bisky anlässlich der Konstituierung des Ältestenrates am 12. Dezember 2007

### Awareness-Team des Landesverbandes

Diskriminierendes oder grenzüberschreitendes Verhalten ist mit den Prinzipien der Partei DIE LINKE nicht vereinbar. Aus diesem Grund wurden auf dem zurückliegendem Parteitag entsprechende Beschlüsse zu verpflichtenden Fortbildungsmaßnahmen und der Etablierung von Vertrauensgruppen gefasst.

Die Awareness-Vertrauensgruppe des Landesverbandes besteht aus den beiden Ansprechpartnerinnen Ute Cordes und Rosi Grewenig.

#### E-Mailadresse:

vertrauensgruppe@dielinkesaar.de



## Mehr Personal und kleinere Gruppen für saarländische Kitas

Die aktuelle Bertelsmann-Studie zu fehlenden Betreuungsplätzen und Fachkräften an saarländischen Kitas bestätigt den seit Jahren anhaltenden Trend, dass Familien im Saarland bei der Betreuung ihrer Kinder zu wenig unterstützt werden, so der Landesverband der LINKEN. Hier herrscht seit langem Handlungsbedarf. Die Landesvorsitzende Barbara Spaniol dazu: "Unserem Land werden im Kita-Bereich immer wieder schlechte Noten ausgestellt. Das Personal ist längst am Limit, weil Betreuungs- und Personalschlüssel an der Realität vorbeigehen. Regelungen seit den siebziger Jahren haben sich nicht wirklich geändert - der Frust über das neue Kita-Gesetz ist

immer noch groß, weil sich mit Blick auf die Fachkraft-Kind-Relation kaum etwas geändert hat. Eine Erzieherin oder ein Erzieher hat im Saarland einfach zu viele Kinder zu betreuen."

In fast der Hälfte aller Kita-Gruppen im Land ist die Gruppengröße nicht kindgerecht, die Personalausstattung entspricht vielerorts nicht den wissenschaftlichen Empfehlungen. Spaniol weiter: "Es ist nicht hinnehmbar, dass die Unterversorgung den absoluten Normalfall darstellt. Es muss gezielt in mehr Personal, kleinere Gruppen und einen weiteren Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten investiert werden."

Dazu gehören auch mehr Studienplätze im Studiengang Pädagogik der frühen Kindheit zur Bekämpfung des Fachkräftemangels, der Ausbau der Ausbildungsplätze und bessere Weiterbildungsmöglichkeiten. "Unser Land darf bei Personalausstattung und Gruppengröße in den Kitas nicht noch weiter zurückfallen. Eine gute Kinderbetreuung ist aber nicht nur entscheidend für gleichwertige Lebensverhältnisse, gute Chancen und Teilhabemöglichkeiten für alle, sondern auch für einen Wirtschaftsstandort von Bedeutung," so die Landesvorsitzende abschließend.



## Unsere Landesgeschäftsstelle (LGSt) in Saarbrücken

Die Landesgeschäftsstelle ist geöffnet: Montag und Freitag von 9 bis 13 Uhr oder nach vorherigem Anruf: 0681 51 775. Da wir größtenteils ehrenamtlich arbeiten, ist eine vorherige Terminabsprache durchaus sinnvoll.

Telefon 068151 775 oder E-Mail <u>info@dielinkesaar.de</u>

Unsere Postanschrift: DIE LINKE. Saar Hochstr. 119, 66115 Saarbrücken



#### www.die-linke.de/mitmachen/linksaktiv

#### Du erreichst uns via E-Mail oder Telefon

Landesvorsitzende Barbara Spaniol <u>barbara.spaniol@dielinkesaar.de</u>

Landesgeschäftsführer Andreas Neumann Telefon: 0681 51 775 andreas.neumann@dielinkesaar.de

Landesschatzmeister Rainer Bierth rainer.bierth@dielinkesaar.de

Buchhaltung Telefon: 0681 51 746 <u>buchhaltung@dielinkesaar.de</u>

Mitarbeiterin der LGSt Vera Geißinger

Telefon: 0681 51 765

E-Mail: lgstleitung@dielinkesaar.de

#### **Termine des Landesverbandes**

26.11.2022, 13:00 Uhr, Landesparteitag 2. Tagung des LPT, 66538 Neunkirchen, An den Hochöfen 1, Gebläsehalle Neunkirchen, ab 13 Uhr.

#### **Spendenmöglichkeit**

DIE LINKE ist die einzige im Bundestag vertretenen Partei die keine Großspenden von Konzernen, Banken, Versicherungen und Lobbyisten annimmt. Mit Deiner Spende kannst Du uns unterstützen: IBAN DE03 5905 0101 0035 7046 00 BIC: SAKSDE55XXX.



#### **Evangelisches Stadtkrankenhaus - DIE LINKE. Saar ist solidarisch**

DIE LINKE. Saar ist solidarisch: mit den Beschäftigten und den Menschen vor Ort, die für ihr Evangelisches Stadtkrankenhaus in Saarbrücken demonstrieren und den Protest mit einer Mahnwache ausdrücken. Wir waren da und sind auch weiter da! Die geplante Schließung ist eine erneute Bankrotterklärung der saarländischen Gesundheitspolitik. Dabei müssen Daseinsvorsorge und eine sinnvolle Gesundheitsversorgung in Saarbrücken im Mittelpunkt stehen statt wirtschaftliches Gewinnstreben. Gesundheit gehört in die öffentliche Hand. Die Rekommunalisierung der Kliniken ist die einzige Lösung! Beschäftigte und Kommunen müssen beteiligt werden! Dafür werden wir LINKE weiter kämpfen.



